



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit	14.04.2021	öffentlich	Bericht

Betreff:

**Pragmatische Genehmigungspraxis bei der kulturellen Bespielung von Außenflächen
Gemeinsamer Antrag politbande, Bündnis 90/Die Grünen, Die Guten vom 21.02.2021
Antrag Stadtratsgruppe Linke Liste vom 26.02.2021**

- TISCHVORLAGE -

Anlagen:

Antrag politbande, Bündnis 90/Die Grünen, Die Guten vom 21.02.2021
Antrag Stadtratsgruppe Linke Liste vom 26.02.2021
Sachverhalt

Bericht:

Seit Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 ermöglicht die Stadtverwaltung verschiedensten Akteurinnen und Akteurinnen auf flexible, schnelle und unbürokratische Weise insbesondere die Nutzung städtischer Flächen und - unter Beachtung der jeweils geltenden Rechtsvorschriften und Rahmenbedingungen - die Durchführung von Veranstaltungen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€ **Folgekosten** € pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv € davon Sachkosten € pro Jahr

davon konsumtiv € davon Personalkosten € pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ *weiter bei 3.*)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Das Vorhaben ist insofern Diversity-relevant, als kulturelle Veranstaltungen per se der gesellschaftlichen Teilhabe, Inklusion und Diversität dienen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 2. BM
 BDR

